

Geschlechterpolitische und feministische Perspektiven auf Wohlstand und Lebensqualität

Änderungsantrag für die Sitzung am 15.4.

Eingebracht von SV Prof. Dr. Ulrich Brand, SV Prof. Dr. Martin Jänicke, MdB Sabine Leidig, MdB Ulla Lötzer, SV PD Dr. Norbert Reuter, SV Prof. Dr. Uwe Schneidewind und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zur Unterstützung offen

Geschlechterpolitische und feministische Perspektiven hatten es von Beginn an schwer in der Enquete-Kommission. Da die fünf im Bundestag vertretenen Fraktionen ihre Mitglieder und Sachverständigen getrennt benannten, kam es dazu, dass geschlechterpolitische und feministische Expertise weitgehend fehlte. Politisch gravierender noch: Die 17 berufenen Sachverständigen waren zu Beginn allesamt Männer und auch von ihnen war keiner einschlägig in geschlechterpolitischen Themen.¹

Die starke Kritik seitens frauenpolitischer Netzwerke zu Beginn der Enquete-Arbeit führte dazu, dass im Sekretariat eine Mitarbeiterin zumindest teilweise zu Gender-Fragen arbeiten konnte. Und es gab eine gewisse, gleichwohl geringe Aufmerksamkeit für geschlechterpolitische Dimensionen des Enquete-Themas: Prof. Jutta Allmendinger vom Wissenschaftszentrum Berlin erläuterte im Plenum der Enquete-Kommission ungleiche Bedingungen für Frauen und Männer bzw. Mädchen und Jungen im Bildungssektor bzw. am Arbeitsmarkt, Prof. Adelheid Biesecker von der Universität Bremen skizzierte in der Projektgruppe 5 und später im Plenum einen breiteren Arbeits- und Wohlstandsbegriff aus feministischer Perspektive. Zudem wurde eine umfangreiche Untersuchung mit dem Titel „Feministische Perspektiven zum Themenbereich Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, Hintergrundpapier für die Enquete-Kommission“ vorgelegt.²

In den Berichten der Projektgruppen finden sich insbesondere in den Sondervoten der Opposition frauen- und geschlechterpolitische Perspektiven etwa beim Thema Care-Arbeit oder Teilzeitbeschäftigung verbunden mit dem Wunsch vieler Frauen länger arbeiten zu können, sowie hinsichtlich der ungleichen Bezahlung von Frauen und Männern bei gleicher Arbeit (vgl. Bericht der Opposition der Projektgruppe 1). In der Projektgruppe 2 wurde die Frage der Geschlechtergerechtigkeit bei der Diskussion um eine neue Wohlstandsmessung zum Teil aufgegriffen. Die Projektgruppe nahm die „nicht-marktvermittelte Arbeit“ als Hinweislampe auf und forderte, die Daten häufiger zu erheben³. Im Wohlstandsbereich Arbeit setzten sich gender-sensible Indikatoren wie der gender-pay-gap nicht durch, durch die Warnlampe der Unterbeschäftigungsquote wurde jedoch schlussendlich trotzdem ein Indikator gewählt, der

¹ Das hat sich im Verlauf der Kommissionsarbeit geringfügig geändert, indem zwei weibliche Sachverständige nachgerückt sind.

² Biesecker, Adelheid/Wichterich, Christa/v.Winterfeld, Uta (2012): Feministische Perspektiven zum Themenbereich Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, Hintergrundpapier für die Enquete-Kommission; M 17(26)23, S. 24; vgl. auch: Stiefel, Elisabeth, Wirtschaftliches Wachstum und Geschlechterverhältnisse. Diskussionspapier für die Enquete-Kommission, Köln 2011.

³ Der Umfang der nicht-marktvermittelten Arbeit wird aus den Zeiterfassungsstudien des Statistischen Bundesamtes ermittelt. Diese Zeiterfassungsstudien finden jedoch derzeit nur etwa alle zehn Jahre statt.

insbesondere ungewollte Teilzeit abbildet, die insbesondere Frauen betrifft. In Projektgruppe 5 wurde im Kapitel zum Thema Arbeit eine eigenständige, feministisch inspirierte Position skizziert, nämlich „Das Ganze der Arbeit“. Die Enquete-Kommission war aber nie Willens und in der Lage, systematisch geschlechterpolitische bzw. feministische Perspektiven zu rezipieren und in den Besprechungen und Berichten angemessen zu berücksichtigen.⁴ So wurden entsprechende Perspektiven, trotz mehrmaliger Versuche, aus dem gemeinsamen Bericht der PG 3 immer wieder rausreklamiert.

In diesem abschließenden Änderungsantrag für den Abschlussbericht können wir dieses Defizit nicht beheben. Wir möchten jedoch einige zentrale Dimensionen benennen, die aus geschlechterpolitischer und feministischer Perspektive wichtig für das Thema „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ sind.⁵

1. Krisendiagnosen und die Begründung eines anderen Wohlstandsbegriffs

Ausgangspunkt der Enquete-Kommission war folgende Diagnose: „Wir stehen vor großen Herausforderungen: Die Unsicherheiten über die weitere Entwicklung der Wirtschaft, des Arbeitsmarktes, der Finanzmärkte sowie der demographische Wandel und die steigende Staatsverschuldung beunruhigen die Menschen ebenso wie die Gefahren des Klimawandels, der Verlust von biologischer Vielfalt, die mangelnde Generationengerechtigkeit und die soziale Ungleichheit auf globaler wie auf nationaler Ebene.“⁶

Im Bericht der Projektgruppe 3 sind die unterschiedlichen Facetten der ökologischen Krise dargestellt, die Projektgruppe 5 hat – aufbauend auf den Ergebnisse der PG 3 und dem Sondervotum der Opposition der Projektgruppe 1 – Dimensionen der krisenhaft gewordenen Erwerbsarbeit sowie Implikationen von nicht-nachhaltigem Konsum und nicht-nachhaltigen Lebensstilen betont. Der Oppositionsbericht der Projektgruppe 1 spricht von einer multiplen Krise.⁷

Geschlechterpolitische bzw. feministische Perspektiven erweitern diese Krisendiagnose – zu der auch ein geschlechtersensibler Blick auf die Erwerbsarbeit gehört -, indem sie zum einen Formen der Geschlechterherrschaft in den Blick nehmen, welche der Finanzökonomie, der realwirtschaftlichen Entwicklung und bisherigen Wachstumsmodellen innewohnen.⁸ Zum anderen rücken sie Bereiche wie die Sorgearbeit in den Vordergrund, welche ansonsten, wenn überhaupt, kaum beachtet werden. Finanzökonomische und weitere wirtschaftliche Entwicklungen schlagen, nicht zuletzt durch

⁴ Das gilt auch für migrantische Perspektiven und für Erfahrungen in anderen Teilen der Welt.

⁵ Wir hätten sehr gerne in diesem Text noch auf die sich verändernden Perspektiven auf internationale Verhältnisse hingewiesen, wenn feministische und frauenpolitische Erfahrungen und Ansätze berücksichtigt werden.

⁶ Drs. 17/3853 vom 23.11.2010

⁷ Kommissionsdrucksache 17(26)84neu

⁸ Vgl. aus der inzwischen umfangreichen Literatur etwa: Appelt, Erna/Aulenbacher, Brigitte/Wetterer, Angelika (Hg.), Gesellschaft. Feministische Krisendiagnosen, Münster 2013; Michalitsch, Gabriele, Umsteuern: Mit feministischer Politik der Finanz- und Wirtschaftskrise begegnen. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Antworten der feministischen Ökonomie auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise. Bonn 2009, 49-55; Reiner, Sabine, Wem nutzen die Konjunkturpakete? Auswirkungen der Krise und der politischen Reaktionen auf Frauen und Männer. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Antworten der feministischen Ökonomie auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise. Bonn 2009, 5-14.

die permanente Externalisierung auf den Bereich der Reproduktion und den gesellschaftlichen Umgang mit Natur durch.⁹

Adelheid Biesecker und Uta von Winterfeld haben in einer theorie- und ideengeschichtlichen Analyse Trennungsprozesse und mit ihnen verbundene Auf- und Abwertungen am Beginn der Neuzeit bzw. in der aufkommenden Moderne untersucht.¹⁰ Die eine Trennungslinie verläuft entlang der Unterscheidung von öffentlich bzw. politisch und privat, die andere zwischen der sogenannten „produktiven“ Markt- bzw. Erwerbssphäre und der „un-“ oder „reproduktiven“ häuslichen bzw. familiären Sphäre, die bis heute sozial Frauen zugewiesen ist. An anderer Stelle haben Adelheid Biesecker und Sabine Hofmeister gezeigt, dass diese zweite Trennungslinie auf „Trennung als Strukturprinzip des Ökonomischen“ verweist und gleichermaßen die Abtrennung der sozial weiblichen wie der Naturproduktivität bedeutet.¹¹ Beide Trennungslinien sind ineinander verschränkt und weisen eine hierarchische Bezogenheit, eine Über- und Unterordnung auf. Das damit erzeugte „Draußen“ bedeutet jedoch nicht, dass Enteignetes und Abgespaltenes nicht Teil der politischen und ökonomischen Entwicklung sind. Vielmehr werden sie als Enteignetes und Abgespaltenes gebraucht und haben somit eine Funktion in den politischen und ökonomischen Entwicklungen. Daher beschränkt sich Externalisierung nicht auf Kosten, sondern stellt ein Prinzip dar: Es muss etwas wertloses Externes geben, damit ein wertvolles Internes entstehen kann.

Der Bereich der sozialen Reproduktion gerät hier in den Blick, also das Kümmern um sich selbst, die Versorgung hilfsbedürftiger Menschen, die Erziehung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen. Auch dieser gerät in die Krise. Im Sektor der Sozialen Dienste etwa finden sich anhaltende Konflikte und Krisen, welche durch verschärfte Spannungen zwischen professions- und berufsethischen Belangen und ökonomischen Anforderungen charakterisiert sind. Während Geschlechterkonkurrenzen in erster Linie um neue professionalisierte und akademisierte Tätigkeiten auftreten, sind nicht zuletzt Frauen von Tendenzen der Deprofessionalisierung und Informalisierung betroffen. Hier sind Stress und Überlastung weit verbreitet; die defizitäre Arbeitsgestaltung wird durch die Überverausgabung von Leistung und Kräften zu kompensieren gesucht.¹²

Auch im Privaten ist die Sorgearbeit unter Druck geraten; berufstätige Frauen sind in der Erwerbsarbeit nach wie vor häufig einer Doppelbelastung ausgesetzt oder die Angehörigen kaufen sich Pflegedienstleistungen über den Markt dazu, was nicht zuletzt bedeutet, dass sie auch in Form prekärer Beschäftigung, vielfach von Migrantinnen und dabei kaum offiziell ahrgenommen und dokumentiert, verrichtet werden.¹³ Die allgemein steigenden Anforderungen im Arbeitsleben erhöhen den Druck noch einmal gerade für Frauen.

⁹ Die Gefahr der Essentialisierung von Geschlechterzugehörigkeit als einzige Achse der Ungleichheit und von Frauen als vermeintlich einheitliches Kollektivsubjekt wird intensiv diskutiert; wir gehen in diesem kurzen Text jedoch nicht darauf ein; vgl. etwa: Winker, Gabriele/Degele, Nina, Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheit. Bielefeld 2009; Klinger, Cornelia/Knapp, Gudrun Axeli/Sauer, Birgit (Hrsg.), Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht, Ethnizität. Frankfurt/M. und New York 2007. Gleichwohl impliziert die Analyse hierarchischer Geschlechterverhältnisse nicht automatisch jene der ethniefasierten Ungleichheit.

¹⁰ Biesecker, Adelheid/ Uta von Winterfeld, Wertlos? Zur Ausgrenzung natürlicher Produktivität und weiblicher Arbeit bei John Locke und Adam Smith, Bremer Diskussionspapiere zur Institutionellen Ökonomie und zur Sozial-Ökonomie Nr. 58. Bremen 2004.

¹¹ Biesecker, Adelheid/ Sabine Hofmeister, Die Neuerfindung des Ökonomischen, Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zu Sozialen Ökologie, München 2006.

¹² Jürgens, Kerstin, Deutschland in der Reproduktionskrise. In: Leviathan 38, 2010, 559-587.

¹³ In Studien wird darauf verwiesen, wie sich in den Haushalten geschlechtsspezifische Gegebenheiten mit rassifizierenden Strukturierungen überschneiden; vgl. Karakayali, Juliane, Transnational Haushalten. Biographische Interviews mit care workers aus Osteuropa. Wiesbaden 2009.

Die Genderforschung zeigt auch: Austeritätspolitische Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Bereiche wie Gesundheit, Bildung und Pflege setzen implizit voraus, dass reproduktive Tätigkeiten privat finanziert oder innerhalb von familiären Zusammenhängen (und damit unbezahlt und meistens von Frauen) übernommen werden.¹⁴ Damit werden Familien zu einer Art gesellschaftlichen Stabilisierungsreserve vor allem in der Krise, was mit der impliziten Annahme über eine vermeintlich unendliche Belastbarkeit der "Ressource" Familie verbunden ist. "Familie" ist aber keine Einheit, sondern besteht aus unterschiedlichen Menschen, denen spezifische Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten herrschaftsförmig zugesprochen werden.¹⁵ Zudem werden damit "Krisenkosten" auf sozial schwache und wenig organisierte Akteure verlagert. „In den Krisenstaaten der Euro-Zone beobachten Gesundheitsexperten katastrophale Folgen der rigiden Sparpolitik: Die beschere den Ländern nicht nur eine wirtschaftliche Rezession, sondern sei auch mitverantwortlich für eine drastische Verschlechterung des Gesundheitszustands der Bürger.“¹⁶

Das hat enorme Implikationen für gesellschaftlichen Wohlstand und individuelle Lebensqualität. Die Reproduktion der Gesellschaft wird zunehmend ökonomisiert. Im Zentrum von Politik stehen weiterhin die vermeintlich wichtigen Fragen der formellen Produktion für den (Welt-)Markt, während die Sozialen Dienste eher Ziel von Sparmaßnahmen sind als dass ihre Stärkung als Mittel zur Krisenbewältigung begriffen wird. Entsprechend sprechen feministische Autorinnen von einer „Krise der Reproduktion“.¹⁷

Auch im Hinblick auf die ökologische Krise sind feministische Perspektiverweiterungen wichtig. Krisendiagnosen in diesem Bereich nehmen die Formen patriarchaler Naturbeherrschung in den Blick bzw. fragen kritisch nach den naturerhaltenden und geschlechterrelevanten Perspektiven in Konzepten wie der Green Economy oder des Green New Deals.¹⁸ Insbesondere die internationalen Frauenbewegungen verklammern die Betrachtung der ökologischen Krise aufs Engste mit Erkenntnissen zur Entwicklung der lokalen Lebensbedingungen der Gesellschaft und der Einzelnen (*livelihood*). Auch bei der Verursachung des Klimawandels, seinen Auswirkungen und den entsprechenden Politiken der Emissionsminderung ist ein Gender-spezifischer Blick notwendig.¹⁹

2. Ein breiter Wohlstandsbegriff

¹⁴ Für einen modernen Familienbegriff im Sinne von „Eltern-Kind-Gemeinschaften, das heißt Ehepaare, nichteheliche (gemischtgeschlechtliche) und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften sowie alleinerziehende Mütter und Väter mit ledigen Kindern im Haushalt. Einbezogen sind in diesen Familienbegriff – neben leiblichen Kindern – auch Stief-, Pflege- und Adoptivkinder ohne Altersbegrenzung.“; vgl. Statistisches Bundesamt, Haushalte und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2011, Fachserie 1, Reihe 3, Wiesbaden 2012, S. 17. Ein noch breiteres, moderneres und von biologischen Verwandtschaftsbeziehungen losgelöstes Verständnis würde betonen, dass Familie ist, wenn Menschen Verantwortung füreinander übernehmen und unbezahlte Pflegeverhältnisse existieren.

¹⁵ Vgl. auch Stiefel, Elisabeth, Wirtschaftliches Wachstum und Geschlechterverhältnisse. Diskussionspapier für die Enquete-Kommission, Köln 2011, S.4.

¹⁶ Spiegel Online, 27.3.2013, der eine in der Zeitschrift „The Lancet“ präsentierte Studie zusammenfasst.

¹⁷ Winker, Gabriele, Erschöpfung des Sozialen. In: LuXemburg 4/2012.

¹⁸ genanet (Hg.): Sustainable Economy and Green Growth: Who cares? International workshop linking Care, Livelihood and Sustainable Economy. Documentation. Berlin 2013.

¹⁹ Bauriedl, Sybille, Geschlechterperspektiven auf Klimawandel und Klimapolitik. In: Hofmeister, Sabine/Katz, Christine/Mölders, Tanja (Hg.), Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Opladen 2013, 235-244; Spitzner, Meike/Röhr, Ulrike, Klimawandel und seine Wechselwirkungen mit Geschlechterverhältnissen. In: Wechselwirkung 4/2011.

Entsprechend tragen feministische und Gender-Perspektiven und entsprechende Sozialstrukturanalysen²⁰ zu einem breiteren Wohlstandsverständnis bei: Eine lebensweltliche, nicht (nur) an Marktprozessen orientierte Politik ist notwendig, die zudem gegen vielfältige Formen der Ausgrenzung angeht. Wir benennen sie nur stichpunktartig.²¹

Statt Wettbewerbsfähigkeit und Erwerbsarbeit werden Lebenswelt und Reproduktion zum Ausgangspunkt und Bezugspunkt von politischem Handeln, ohne dass die zentrale Rolle der Erwerbsarbeit im Leben der Menschen ausgeblendet wird. Alltagserfahrungen und Alltagswissen sollten eine größere Bedeutung für den politischen Prozess gegenüber wissenschaftlichem Wissen als bisher erhalten.

Viele Formen des Wohlstands sind über den Markt zu gewährleisten und mitunter kann eine Integration von Frauen in gute Erwerbsarbeit gewünscht sein und Gleichstellung fördern. Hier kann eine stärkere Berücksichtigung der Erfahrungen in skandinavischen Ländern, in denen Sorgearbeit über den öffentlichen Sektor organisiert wird, politische Anregungen geben.

Andere Aspekte des Wohlstands basieren auf guten und solidarischen sozialen Beziehungen und einer umsichtigen Reproduktion von sich selbst, der Mitmenschen, der Gesellschaft und der Umwelt. Entsprechend ist eine Stärkung des Öffentlichen notwendig. Existenzsicherung hängt weiterhin für viele Menschen zentral von guter Erwerbsarbeit ab, aber auch von einer leistungsfähigen Sozialpolitik und gesellschaftlichen Infrastrukturen. Zeitwohlstand und entsprechend Zeitpolitik spielen eine große Rolle, Begrenzung der Entgrenzung ist notwendig. Dazu gehören niedrigschwellige Formen der Partizipation, die auch Menschen mit geringen zeitlichen Ressourcen, ohne oder mit eingeschränkten staatsbürgerlichen Rechten oder geringerer Bildung politische Beteiligung ermöglichen.

Entsprechend wird Arbeit sehr umfassend verstanden. „Damit die ‚Zukunft der Arbeit‘ zu zukunftsfähigem Arbeiten führt, ist ein neues Arbeitsverständnis nötig, das die vielfältigen Arbeitsformen jenseits des Marktes (Sorge-Arbeit, bürgerschaftliches Engagement, Eigenarbeit z. B.) mit der Erwerbsarbeit integriert und dieses Ganze der Arbeit hierarchiefrei und naturverträglich gestaltet. Dieses neue Arbeitsverständnis ist die Basis für eine gesellschaftliche Umverteilung und Umwertung von Arbeit, die Alle einschließen und geschlechtsspezifische Zuweisungen und Abwertungen überwinden.“²² Das bedeutet auch, gegen Prekarisierung anzugehen und Arbeitsbedingungen möglichst demokratisch zu gestalten. Dazu gehört beispielsweise die Schwellen der Partizipation am Arbeitsmarkt für Migrantinnen und Migranten niedriger zu setzen und aktive Maßnahmen gegen Diskriminierung zu ergreifen. Unterschiedliche Perspektiven auf Arbeit wurden im entsprechenden Kapitel der PG 5 dargestellt.

Der Suffizienzbegriff war einigen Mitgliedern der Enquete-Kommission von Beginn an verdächtig. Er wurde mit Verzicht gleichgesetzt. Doch hier hat es interessante Lernprozesse bei vielen Mitgliedern gegeben, was zu einem abschließenden und erfolgreichen Änderungsantrag zum Thema Suffizienz führte. Suffizienz hat daher viel mit Sorgearbeit zu tun, mit einer Ökonomie des Maßhaltens, des guten Lebens und des „Genug für alle“. Das ist ein wichtiges Ergebnis. Gleichwohl würden auch hier feministische Perspektiven einen Schritt weitergehen. „Neben das Recht auf die Bestimmung *über*

²⁰ Vgl. etwa Allmendinger, Jutta, Geschlecht als wichtige Kategorie der Sozialstrukturanalyse. In: In: Aus Politik und Zeitgeschichte 37/38, 2011, 3-7.

²¹ Vgl. ausführlich Biesecker, Adelheid/Wichterich, Christa/ v.Winterfeld, Uta (2012): Feministische Perspektiven zum Themenbereich Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, Hintergrundpapier für die Enquete-Kommission, ; M 17(26)23.

²² Biesecker, Adelheid, Wie wird aus der „Zukunft der Arbeit“ zukunftsfähiges Arbeiten. lebensfreundlich, naturgemäß, geschlechtergerecht?, Kommissionsmaterialie M-17(26)24 vom 15.10.2012.

etwas tritt dann die Verantwortung *für* etwas – Sorge dafür zu tragen, dass es den Anderen gut geht.“²³ Suffizienz wird nicht lediglich als Ergänzung von Effizienz und Konsistenz verstanden, sondern es geht um mehr, „denn sie enthält eine Kritik an den vorherrschenden Wachstums- und Wohlstandslogiken und macht dabei deutlich, dass der Zwang zum Mehr im entfesselten Wachstum auch deshalb entsteht, weil grundlegend Fragen sozialer Gerechtigkeit ausgeklammert werden.“²⁴

Für künftige Enquete-Kommissionen

Auf der Verfahrensebene ist bei der Einsetzung einer Enquete-Kommission im Vorfeld darauf zu achten, dass Frauen als Sachverständige wie auch frauen- und geschlechterpolitische Expertise berücksichtigt werden.

Und schließlich ist wünschenswert, dass bei einer eventuellen Fortführung des Enquete-Themas nicht nur systematisch geschlechterpolitische Erfahrungen und Expertise berücksichtigt werden, sondern – neben der Aufnahme als Querschnittsthema - eine Projektgruppe sich ganz systematisch mit den entsprechenden Aspekten befassen sollte.

²³ von Winterfeld, Uta, Ça suffit. Anmerkungen zu Suffizienz und Herrschaft. In: FAMA. Feministisch-theologische Zeitschrift, 29(1), 10-11.

²⁴ Biesecker, Adelheid/Christa Wichterich/Uta v. Winterfeld (2012): Feministische Perspektiven zum Themenbereich Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, Hintergrundpapier für die Enquete-Kommission, ; M 17(26)23, S. 24.